

Bürger wollen mitentscheiden

Zu Wald, Wohnungspolitik und Straßenbau kochen Emotionen in Grünheider Gemeindevertretung hoch

VON MANJA WILHE

Grünheide (MOZ) Zweifel, Vorwürfe, Forderungen: Emotionen kochten Donnerstagabend in der Grünheider Gemeindevertretersitzung hoch. Die Bürgerinitiative pro Hangelswald forderte Mitspracherecht in Sachen Wohnungspolitik. Anwohner der Fontanestraße kritisierten das Ausbaukonzept.

Die Gemeindevertreter beschlossen den rund 17 Millionen Euro schweren Haushalt 2017, das Konzept für den Bürgerpark, den Bedarfsplan für den Umbau des Hotels am Peetzsee und die Modernisierung des Bauhofes in Grünheide. All dies geriet aber etwas ins Hintertreffen. Der Grund: Die zahlreich erschienenen Gäste der Sitzung forderten zuvor Antworten.

Zum Beispiel zur Wohnungspolitischen Umsetzungsstrategie (WUS) der Gemeinde. Noch ist das Papier ein Entwurf. Er soll aufzeigen, wie die Gemeinde künftig die Nachfrage nach Wohnungen und Baugrundstü-

cken befriedigen und wie sie die 10 000-Einwohner-Marke erreichen kann, um bei der geplanten Gebietsreform selbstständig zu bleiben. Um beim Wohnungsbau Fördermittel erhalten zu können, müssen zudem Fördergebiete ausgewiesen werden.

Eines davon betrifft den 30 Hektar großen Siedlungswald in Hangelsberg. Das sorgt für anhaltende Kritik. Die Bürgerinitiative pro Hangelswald (BI) will, dass der Wald nicht angetastet wird. „Potenzialflächen, die für Hangelsberg wesentlich relevanter sind als der Wald, sind in der WUS nicht vertreten“, kritisierte BI-Vertreter Marten Lange-Siebenthaler. „Wer hat die Flächen festgelegt?“, fragte Manfred Liedtke. Laut Kommunalverfassung sei die Gemeinde verpflichtet, die Bürger bei wichtigen Entscheidungen „zu unterrichten und zu beteiligen“, sagte Nico Contarek. Auch Hans-Joachim Börner, der sich als beauftragter des Landesbüros der Naturschutzverbände vorstellte, wünschte sich Möglichkeiten zur Mitwirkung.

Die Strategie steht auf der Internetseite der Gemeinde, sagte Bürgermeister Arne Christiani (parteilos). Alle Bürger hätten die Möglichkeit, sich dazu zu äußern. „Bis wann und wie dürfen wir uns einbringen?“, hakte BI-Vertreterin Nadine Rothmaier nach. Ulrich Kohlmann (Bürgerbündnis) forderte einen Zeitplan

**Treffen mit
Bürgerinitiative
soll Konflikt
entschärfen**

für die öffentliche Beteiligung.

Bis sich das Landesamt für Bauen und Verkehr, wo der Entwurf eingereicht wurde, nicht zum Inhalt geäußert habe, sei alles „Kaffeegeschwätz“, entgegnete Christiani. Erst wenn man wisse, ob man auf dem richtigen Weg sei, könne die Gemeindevertretung die Strategie beschließen.

„Was passiert, wenn wir als Ortsbeirat noch Änderungswünsche haben? Wird sie dann noch mal eingereicht?“, erkun-

digte sich Hangelsbergs Ortsvorsteher Detlef Schrobback. „Wenn es Änderungen gibt: Ja“, sagte der Bürgermeister. Es gehe bei der Strategie nicht darum, Bauflächen auszuweisen, sondern Fördergebiete, betonte Kämmerin Kerstin Lang. „Es wird kein Baurecht geschaffen, auch nicht erleichtert!“, fügte sie an.

Die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Pamela Eichmann, schlug der BI ein Treffen vor, um alle Wünsche aufzunehmen. Die Verwaltung setzte am Freitag den Satz: „Hinweise, Meinungen oder Anregungen unserer Mitbürger sind gern gesehen“, auf ihre Internetseite. Dort kann die WUS heruntergeladen werden.

Das zweite Thema, das viele Gäste zur Sitzung geführt hatte, war der angestrebte Ausbau der Fontanestraße. Das Ingenieurbüro Drus und Wolff hatte eine Planung mit geschätzten Kosten von 209 000 Euro vorgelegt. Weil die Straße durch eine Wiese führt, wollte die Verwaltung die Anwohner entlasten – statt 75 Prozent sollten sie nur 60 Prozent der Baukosten zahlen.

Damit werde „das Pferd von hinten aufgezäumt“, protestierte ein Mann. Die Planung sei „völlig überdimensioniert“, sagte Anwohner Nico Pankow. Drei Viertel der Anwesenden seien bei der Anliegersammlung im Januar dagegen gewesen. Da viele Pärchen dort waren, hätte man nicht wissen können, ob das Abstimmungsverhalten tatsächlich den Willen der Grundstücksbesitzer spiegle, wandte Bauausschussvorsitzender Peter Komann ein. „Einige Bürger wollen die Straße unbedingt“, sagte Schrobback. Als Ortsbeirat sei man auch angetreten, den Ort zu entwickeln. „Ich bin dafür, meine Nachbarn auch“, bestätigte Anwohnerin Maria Loduchowski am Freitag.

Vielleicht sei es unglücklich gewesen, den Einwohnern zu suggerieren, dass sie abstimmen dürfen, sagte Tobias Thieme (Linke). Er beantragte, die Straße 2017 nicht auszubauen. Dem folgten die Gemeindevertreter. Zudem beauftragten sie das Bauamt, eine Prioritätenliste zu erarbeiten, welche Straßen in welchen Jahren ausgebaut werden.